

Das Prinzip Hoffnung in der Klimapolitik

Seit der Verabschiedung der Uno-Klimarahmenkonvention 1992 ist der weltweite Ausstoss von Treibhausgasen um ein Drittel gestiegen. Die internationale Klimapolitik bleibt auch im zwanzigsten Jahr ihres Bestehens ein uneingelöstes Versprechen. Von Oliver Geden

Beim Klimagipfel von Durban haben sich 194 Staaten jüngst zum wiederholten Male darauf verständigt, dass in Zukunft alles besser werden soll. In einem diplomatischen Kraftakt ist es den Europäern gelungen, einen Verhandlungsfahrplan durchzusetzen, der endlich zu einem umfassenden und ehrgeizigen Weltklimaabkommen führen soll. Die Deklarationen von Durban sehen die Einigung auf einen globalen Klimavertrag bis Ende 2015 vor, sein Inkrafttreten 2020. Ein solches Abkommen soll erstmals ambitionierte Reduktionsziele für bisherige Klimaschutz-Blockierer wie Indien, China oder die USA einschliessen und eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Grad Celsius ermöglichen. Die Erfolgsaussichten sind jedoch nicht höher als jene der «Bali-Roadmap», die beim Kopenhagener Klimagipfel 2009 so spektakulär gescheitert ist.

Ratifizierungs-Marathon

Der in Durban vereinbarte Verhandlungsprozess weist zahlreiche politische Sollbruchstellen auf. Zentral ist die innenpolitische Entwicklung in den USA. Sollte ein Republikaner die Präsidentschaftswahlen gewinnen, wird dies die internationalen Klimaverhandlungen blockieren. Und selbst bei einer zweiten Amtszeit Obamas dürfte dieser bei seiner bisherigen Haltung bleiben, dass sich die USA auf Uno-Ebene erst dann zu Emissionsreduktionen verpflichten können, wenn deren Umfang zuvor in einem nationalen Klimaschutzgesetz festgeschrieben worden ist. Ein entsprechender Versuch scheiterte 2010 schon einmal im Kongress, trotz den damals noch komfortablen Mehrheiten der Demokraten. Eine erfolgreiche Neuauflage des Gesetzgebungsverfahrens ist kaum vorstellbar. Sollte sich der amerikanische Präsident 2015 aber wider Erwarten auch ohne nationales Klimagesetz dafür entscheiden, einem umfassenden globalen Abkommen zuzustimmen, dann stünde der Welt zuletzt noch ein mindestens fünfjähriger Ratifizierungs-Marathon bevor. Sollte schliesslich im US-Senat keine Zweidrittelmehrheit für das Vertragswerk zustande kommen, wäre alles Warten umsonst gewesen. Doch selbst unter der optimistischen Annahme, dass Abschluss und Ratifikation eines Weltklimaabkommens bis 2020 gelingen und sich die Unterzeichnerstaaten dauerhaft an ihre Minderungszusagen gebunden fühlen, wird sich ein Scheitern am zentralen Ziel der internationalen Klimapolitik nicht mehr vermeiden lassen. Um den Temperaturanstieg gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf zwei Grad Celsius begrenzen zu können, wäre eine deutliche Senkung der globalen Treibhausgasemissionen bereits in den kommenden acht Jahren notwendig, bevor dann ab 2020 jahrzehntelang drastische Reduktionsraten erreicht werden müssten.

Der weltweite Emissionstrend weist jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Auch von dem in Durban vereinbarten Fahrplan werden keine Reduktionsimpulse ausgehen, im Gegenteil. Die gesamte politische Aufmerksamkeit dürfte sich auf den Klimagipfel Ende 2015 richten.

Das kollektive Warten auf den einen «grossen Wurf» wird vielen unwilligen Staaten und Industriezweigen die Möglichkeit bieten, ihren mangelnden Ehrgeiz mit Verweis auf das fehlende globale Abkommen zu legitimieren. Und sollte die Weltklimakonferenz 2015 scheitern, dürfte die Bereitschaft zur globalen Kooperation drastisch schwinden. Angesichts düsterer Prognosen von Klimaforschern droht ein politischer Fatalismus. Die Anpassung an das Unvermeidliche würde im Vordergrund stehen. Manche Staaten dürften auf riskante Methoden der technischen Klimamanipulation setzen. An einer solchen Entwicklung können die klimapolitischen Vorreiterstaaten Europas kein Interesse haben, auch weil sie ihren Vorsprung bei der Entwicklung emissionsarmer Technologien nicht entwertet sehen wollen. Es wäre sehr riskant, den eben eingeschlagenen Pfad der Transformation zu emissionsarmen Volkswirtschaften an die fragwürdige Hoffnung auf einen epochalen Durchbruch in den internationalen Klimaverhandlungen zu koppeln.

Pragmatismus gefragt

Erforderlich ist deshalb ein neuer klimapolitischer Pragmatismus. Die Europäer stehen dabei zum einen vor der ganz praktischen Aufgabe, zu zeigen, in welchem Masse eine Dekarbonisierungs-Strategie unter heutigen Bedingungen technologisch und ökonomisch machbar ist und neben dem Klimaschutz etwa auch der Energieversorgungssicherheit dienen kann. Zum anderen werden sie international auf eine sehr viel flexiblere Klimapolitik-Architektur setzen müssen. Wo globale Verträge nicht erreichbar sind, sind sektorspezifische Abkommen anzustreben, mit jeweils gerade so vielen Teilnehmern, Anreizen und Sanktionsinstrumenten, wie es sie zur Erzielung konkreter Fortschritte braucht. Pragmatischen Ansätzen in der Klimapolitik wird häufig entgegengehalten, dass sie dem Ausmass künftiger Klimawandelfolgen nicht gerecht würden, dass sie zu wenig visionär seien, dass sie die herausragende Rolle der Uno nicht würdigten. Alle diese Argumente zielen letztlich auf den Primat einer «optimalen» Problemlösung. Nach zwei Dekaden weitgehend erfolgloser Klimaverhandlungen wäre es an der Zeit, über alternative Wege nachzudenken. Bei der Begrenzung des Klimawandels ist nicht die konzeptionelle Eleganz des Politikansatzes entscheidend. Im Mittelpunkt müssen messbare Fortschritte bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen stehen.

Oliver Geden ist Klimapolitik-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin